

Münchener Kommentar
zum Wettbewerbsrecht
Kartellrecht · Beihilfenrecht · Vergaberecht

Band 1/1: Europäisches Wettbewerbsrecht

Grundlagen

Art. 101–106 AEUV

Sonderbereiche

DMA

VO 1/2003

Leniency-Bekanntmachung

Vertikal-GVO

Die einzelnen Bände des Münchener Kommentars zum Wettbewerbsrecht

Band 1: Europäisches Wettbewerbsrecht

Band 2: Deutsches Wettbewerbsrecht

Band 3: Vergaberecht I

Band 4: Vergaberecht II

Band 5: Beihilfenrecht

Münchener Kommentar zum Wettbewerbsrecht

Band 1/1

Europäisches Wettbewerbsrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Franz Jürgen Säcker

em. Professor an der Freien Universität Berlin

Prof. Dr. Florian Bien Maître en Droit (Aix-Marseille III)

Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Prof. Dr. Peter Meier-Beck

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a. D. (Kartellsenat)
Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Dr. Frank Montag, LL.M.

Rechtsanwalt in Brüssel

4. Auflage 2023



Zitiervorschlag:
MüKoWettbR/Säcker Kap. 1 Rn. 12
MüKoWettbR/Bien AEUV Art. 102 Rn. 1

www.beck.de

ISBN 978 3 406 75871 3

© 2023 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
nach einem Entwurf von Elmar Lixenfeld, duodez.de



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die Neuauflage des fünfbändigen Münchener Kommentars zum Wettbewerbsrecht bietet eine umfassende Erläuterung der zentralen wettbewerbsrechtlichen Bestimmungen: Unionskartellrecht (Band 1 in zwei Teilbänden), deutsches Kartellrecht (Band 2), Vergaberecht (Bände 3 und 4) und Beihilfenrecht (Band 5). Zu Band 1: Zusammenhänge und Zusammenspiel mit dem gewerblichen Rechtsschutz, dem Lauterkeits-, Verbraucherschutz-, Arbeits- und Regulierungsrecht sind im Grundlagenteil systematisch dargestellt. Auch die für das Verständnis des heutigen Wettbewerbsrechts unverzichtbaren wettbewerbsökonomischen Kenntnisse werden von anerkannten Ökonomen eingehend dargestellt, sodass bei den Einzelerläuterungen darauf verwiesen werden kann, um wettbewerbsrechtliche Streitfragen auf der Grundlage gesicherter wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse klären zu können. Dies ist von besonderer Bedeutung für die Fusionskontrolle, die sich seit der Einführung des SIEC-Prüfungsmaßstabs von einer primär marktanteilsbezogenen Betrachtung gelöst und zu einer umfassenden ökonomischen Analyse fortentwickelt hat. Seit der Dow/DuPont-Entscheidung wird die dynamische Entwicklung der Marktstrukturen auch außerhalb des Preiswettbewerbs – insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen eines Zusammenschlusses auf die Innovationsfähigkeit eines gesamten Industriezweigs – berücksichtigt. Die Entscheidung des EuG im Thyssen / Tata Steel Fall vom 22.6.2022 anerkennt Ermessensspielräume der Kommission bei der Definition des relevanten Marktes und der Marktbedeutung der Marktteilnehmer. Die systematische Einbeziehung der ökonomischen Entscheidungsgrundlagen in den Kommentar liefert die Basis für eine sachgerechte kritische Beurteilung dieser Entscheidungspraxis. Dadurch unterscheidet sich der Münchener Kommentar zum Wettbewerbsrecht deutlich von anderen Kommentaren.

Die Neuauflage von Band 1 berücksichtigt die zahlreichen jüngeren und jüngsten legislativen Reformen auf der Ebene des europäischen Wettbewerbsrechts. So bietet der neu aufgelegte Münchener Kommentar die erste Großkommentierung des Digital Markets Act (DMA), der neuen Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung (Vertikal-GVO) sowie der neuen Horizontal-Gruppenfreistellungsverordnungen für die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie Spezialisierung. Die Neukommentierung berücksichtigt nicht nur das Zusammenspiel etwa des DMA mit dem traditionellen Wettbewerbsrecht, insbesondere Art. 102 AEUV, sondern auch mit neuen nationalen Vorschriften wie § 19a GWB, der in dem bereits erschienenen Band 2 (GWB) ebenfalls umfassend erläutert wird. Allein wegen der zusätzlichen Kommentierung des DMA auf knapp 500 Seiten bedurfte es der Aufteilung von Band 1 auf zwei Teilbände. Teilband 1/1 umfasst die Grundlagen, das Primärrecht (Art. 101–106) einschließlich der Sonderbereiche Versicherungswirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, den DMA, die VO 1/2003 (Wettbewerbsverfahrensrecht) und die neue Vertikal-GVO. Teilband 1/2 bietet eine Erläuterung weiterer Gruppenfreistellungsverordnungen (Kfz-Vertrieb, Forschung und Entwicklung, Technologie-Transfer und Spezialisierung), der Fusionskontrollverordnung (FKVO) und des Rechtsschutzes.

Da der Gesetzgeber das GWB mit dem EU-Kartellrecht (Art. 101 AEUV) auch bei rein innerstaatlich relevanten Wettbewerbsbeschränkungen harmonisiert hat, ist eine eigenständige Auslegung des deutschen Kartellrechts (§§ 1, 2 GWB), die zu von Art. 101 AEUV abweichenden Ergebnissen führt, nicht mehr gerechtfertigt. Eine Harmonisierungsnotwendigkeit besteht auch bei der Anwendung des Kartellverbots auf Solo-Selbstständige und bei klima- und umweltschützenden Nachhaltigkeitsvereinbarungen zwischen Wettbewerbern. Die Kommentierung der §§ 1 und 2 GWB beschränkt sich in Band 2 darauf, auf die umfassende Analyse der horizontalen und vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen in Art. 101 AEUV zu verweisen und nur die für Deutschland besonders relevanten Fallgruppen ergänzend zu erläutern, um eine Doppelkommentierung zu vermeiden. Auch bei § 19 GWB konnte an die Erläuterungen zu Art. 102 AEUV angeknüpft werden. Die durch die Neunte GWB-Novelle (§ 18 GWB) näher präzisierten Kriterien für das Bestehen digitaler Marktmacht insbesondere von Online-Plattformen wie Amazon, Google, Facebook finden jetzt in der eingehenden Kommentierung des Digital Markets Act ihre Ergänzung und zugleich Konkretisierung.

Ebenso bestehen bei der Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen sowie beim Verfahrensrecht, beim Kartellschadensersatz- und Bußgeldrecht bedeutsame Unterschiede zwischen deutschem und europäischem Recht, die eingehend anhand der neuesten Rechtsprechung dargestellt werden. Das gilt auch für den Einfluss von Compliance-Maßnahmen auf die Bußgeldhöhe nach EU- und nach deutschem Recht. Der gerichtliche Rechtsschutz gegenüber kartellbehördlichen Entscheidungen, insbesondere gegenüber Bußgeldentscheidungen gegen Muttergesellschaften im Konzern wegen Kartellverstößen, ist sowohl nach deutschem Recht als auch nach EU-Recht gründlich dargestellt.

Vorwort

Die Erläuterungen haben angesehene Experten aus Wissenschaft und Praxis vorgenommen. Der Kreis der Herausgeber, die aus der Richterschaft, der Anwaltschaft und der Wissenschaft stammen, bürgt für praxisnahe und dogmatisch überzeugende Lösungen. Ziel des Kommentars ist es, in Auseinandersetzung mit der aktuellen Entscheidungspraxis der EU-Kommission, des Bundeskartellamtes und der Rechtsprechung klare Antworten auf die Fragen zu geben, die den Leser als Nutzer des Kommentars interessieren.

Die Herausgeber danken allen Autoren und Autorinnen, die die Mühen der Neuauflage auf sich genommen haben, zugleich im Namen des Verlages für Ihre kompetente Mitwirkung. Betont sei, dass alle Autoren und Autorinnen in diesem Band – unabhängig von ihrer beruflichen Haupttätigkeit – ihre persönliche wissenschaftliche Überzeugung zum Ausdruck bringen. Für die hervorragende verlagsseitige Betreuung dieses Bandes ist Frau Verena Eske und Frau Melanie Steiner herzlich zu danken.

Die kommentierten Gesetzestexte sind auf dem Stand 1.7.2023. Die zum 1.7.2023 in Kraft getretenen neuen Horizontal-Gruppenfreistellungsverordnungen (FuE, Spezialisierung) sind auf dem aktuellen Stand der Gesetzgebung kommentiert. Einige wichtige Entwicklungen sind bis zum Zeitpunkt der Drucklegung berücksichtigt worden, bspw. die Entscheidung des EuGH im Fall Towercast (Urt. v. 16.3.2023). Im Übrigen sind Rechtsprechung, Kommissionsentscheidungen und Literatur bis zum Stichtag 31.12.2022 (Allgemeiner Redaktionsschluss) ausgewertet worden. Die von der Kommission zwischenzeitlich verabschiedeten, zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht im Amtsblatt veröffentlichten und noch nicht übersetzten Leitlinien „Horizontale Zusammenarbeit“ sind stellenweise bereits in die Kommentierung eingeflossen, überwiegend jedoch in der Entwurfsfassung vom 1.3.2022 berücksichtigt worden.

Berlin, Brüssel, Karlsruhe, Würzburg, im Juli 2023

Die Herausgeber

Die Bearbeiter des ersten Bandes

Dr. Andreas Bardong, LL.M. (Michigan)
Bundesamt für Naturschutz, Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. Carl Baudenbacher
Of Counsel in Zürich/Oslo/Stavanger/Brüssel, ehem. Präsident des EFTA-Gerichtshofs

Prof. Dr. Carsten Becker
Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn

Dr. Jochen Bernhard, Maître en Droit (Paris XII)
Rechtsanwalt in Stuttgart

Prof. Dr. Florian Bien, Maître en Droit (Aix-Marseille III)
Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Dr. Stephanie Birmanns
Rechtsanwältin in Brüssel

Dr. Alf-Henrik Bischke
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Andreas v. Bonin, LL.M. (Columbia)
Rechtsanwalt in Brüssel

Dr. Wolfgang Bosch
Rechtsanwalt in Frankfurt

Dr. Ludger Breuer
Referatsleiter beim Bundeskartellamt, Bonn

Prof. Dr. Eckart Bueren
Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Kartellrecht, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie Rechtsvergleichung an der Universität Göttingen

Prof. Dr. Christian Calliess, LL.M. Eur
Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin, Inhaber eines Ad Personam Jean Monnet Chairs zum Recht der europäischen Integration

Prof. Dr. Peter Chrocziel, M.C.J., Attorney at Law (New York)
Rechtsanwalt in München, Honorarprofessor an der Universität Erlangen

Mag. Moritz Am Ende
Rechtsanwalt in Wien

Dr. Felix Engelsing
Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn

Dr. Michael Esser
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Oliver Fleischmann, LL.M. (Chicago)
Rechtsanwalt in Berlin

Die Bearbeiter

Dr. Jens Thomas Füller
Priv.-Doz., Rechtsanwalt in München

Dr. Anna Giedke
Rechtsanwältin in München

Prof. Dr. Jörg Gundel, Maître en Droit (Aix-Marseille III)
Professor an der Universität Bayreuth

Mag. Theresa Haas LL.M.
Rechtsberaterin im Juristischen Dienst des Rates der Europäischen Union

Dr. Andreas Hahn
Rechtsanwalt in Stuttgart

Christian Hildebrandt, Dipl.-Volkswirt
Senior Analyst bei der Monopolkommission, Bonn

Prof. Dr. Steffen Hindelang, LL.M. (Sheffield)
Professor an der Universität Uppsala und der Süddänischen Universität Odense

Alexander Israel, LL.M. (Boston)
Rechtsanwalt in Brüssel

Dr. Thorsten Käseberg, LL.M. (NYU)
Ministerialrat, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

Prof. Dr. Wolfgang Kerber
Professor an der Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Wolfgang Kirchhoff
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe, Honorarprofessor an der Universität Bonn

Dr. Tobias Klose
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Oliver Koch
Stellvertretender Referatsleiter, Europäische Kommission, Generaldirektion Energie, Brüssel

Ulrich v. Koppenfels
Sektorleiter in der Europäischen Kommission, Generaldirektion Energie, Brüssel

Prof. Dr. Stefan Korte, Dipl.-Kfm.
Professor an der Technischen Universität Chemnitz

Prof. Dr. Jan Krämer
Professor an der Universität Passau

Dr. Michael König
Referatsleiter, Direktorat für Digitale Plattformen, Generaldirektion Wettbewerb, Europäische Kommission, Brüssel

Roxana Mina Kruse
Rechtsanwältin in Düsseldorf

Prof. Dr. Peter Meier-Beck
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof a.D. (Kartellsenat), Honorarprofessor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Jochen Mohr
Professor an der Universität Leipzig

Dr. Frank Montag, LL.M.
Rechtsanwalt in Brüssel

Prof. Dr. Rudolf Mögele
ehem. Stellv. Generaldirektor, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Europäische Kommission, Brüssel, Honorarprofessor an der Universität Würzburg

Stephan Manuel Nagel, LL.M. (European University Institute, Florenz)
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Dr. Philipp Otto Neideck, LL.M. (Aberdeen)
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Jörg Nothdurft
Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn

Dr. Stefan Ohlhoff, LL.M. (London)
Rechtsanwalt in Berlin

Prof. a.D. Dr. Dr. h.c. Marian Paschke
Professor an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Petra Pohlmann
Professorin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Dr. Per Rummel
Regierungsrat im Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg

Dr. Julian Sanner
Rechtsanwalt in Köln

Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Franz Jürgen Säcker
em. Professor an der Freien Universität Berlin

Dr. Denis Schlimpert, LL.M. (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne)
Rechtsanwalt in Hamburg

Hans-Helmut Schneider
Direktor beim Bundeskartellamt, Bonn

Prof. Dr. Dirk Schroeder
Rechtsanwalt in Köln, Honorarprofessor an der Universität zu Köln

Sascha Schubert, LL.M.
Rechtsanwalt in Brüssel

Prof. Dr. Ulrich Schwalbe
Professor an der Universität Hohenheim

Mag. Oliver Sitar
Referatsleiter, Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Brüssel

Dr. Juliane Steffens, LL.M. (Harvard)
Referentin, Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

Prof. Dr. Peter-Tobias Stoll
Professor an der Universität Göttingen

Dr. rer. pol. Torben Stühmeier
Senior Economist bei der Monopolkommission, Bonn

Die Bearbeiter

Dr. Bastian Voell
Europäische Kommission, Brüssel

Prof. Dr. Florian Wagner-von Papp, LL.M. (Columbia Law School, New York)
Professor an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg

Prof. Dr. Thomas Weck
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Regulierungsrecht und Rechtsvergleichung, Frankfurt School of Finance and Management

Anne C. Wegner, LL.M. (European University Institute, Florenz)
Rechtsanwältin in Düsseldorf

Dr. Thomas Wessely
Rechtsanwalt in Brüssel

Prof. Dr. Maik Wolf
Professor an der Universität Erfurt

Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, LL.M. (Berkeley)
Professor an der Universität Hamburg

Dr. Asja Zorn
Rechtsanwältin in Berlin

Dr. Johannes Zöttl
Rechtsanwalt in Düsseldorf

Im Einzelnen haben bearbeitet

In Teilband 1:

Grundlagen

- A. Die rechtspolitischen Grundlagen des Wettbewerbsrechts Franz Jürgen Säcker
- B. Die ökonomischen Grundlagen des Wettbewerbsrechts Wolfgang Kerber/
Ulrich Schwalbe
- C. Die Bedeutung der Grundrechte und Grundfreiheiten für das europäische Wettbewerbsrecht Christian Calliess
- D. Wettbewerbs- und Regulierungsrecht Franz Jürgen Säcker
- E. Das Verhältnis des europäischen Wettbewerbsrechts zum Lauterkeitsrecht („unfair competition law“) Maik Wolf
- F. Das Verhältnis des Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten zu den gesetzlichen Regelungen zum Schutze geistigen Eigentums Maik Wolf
- G. Das Verhältnis des europäischen Wettbewerbsrechts zum Arbeits- und Sozialrecht Jochen Mohr
- H. Internationaler, sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich Florian Wagner-von Papp/
Wolfgang Wurmnest
- I. Zentrale und dezentrale Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts; Verhältnis zum nationalen Recht Wolfgang Kirchhoff
- J. Anwendung des Europäischen Wettbewerbsrechts im EWR Steffen Hindelang
- K. Internationale Abkommen und Kooperationen (WTO, ICN, OECD, etc.) Peter Tobias Stoll
- Art. 101 AEUV Kartellverbot
- A. Einheitlicher Unternehmensbegriff Franz Jürgen Säcker/
Juliane Steffens
- B. Vereinbarungen (Verträge, Beschlüsse, aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen) im Sinne des Kartellrechts Marian Paschke
- C. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs Franz Jürgen Säcker/Asja Zorn
- D. Horizontale Vereinbarungen Florian Wagner-von Papp
- E. Vertikale Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen Maik Wolf
- F. Veränderungen der Unternehmensstruktur – insbes. Gemeinschaftsunternehmen Petra Pohlmann
- G. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels Wolfgang Kirchhoff
- H. Art. 101 Abs. 2 – zivilrechtliche Folgen Franz Jürgen Säcker
- I. Freistellung (Art. 101 Abs. 3 AEUV) Maik Wolf
- Art. 102 AEUV Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
- A. Grundgegebenheiten und Normzweck von Art. 102 .. Florian Bien
- B. Systematische Stellung von Art. 102 Florian Bien

Im Einzelnen haben bearbeitet

C. Normadressaten	Florian Bien
D. Marktabgrenzung und relevanter Markt	Jens Thomas Füller
E. Die marktbeherrschende Stellung	Florian Bien
F. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung: Grundlagen	Florian Bien
G. Ausbeutungsmisbrauch und Diskriminierung (Beispielatbestände in Art. 102 Abs. 2)	Florian Bien
H. Behinderungsmisbrauch	Florian Bien
I. Preisbezogener Behinderungsmisbrauch	Florian Bien
J. Missbräuchliche Rechtsverfolgung und ähnliche Formen des Behinderungsmisbrauchs	Florian Bien
K. Marktstrukturmissbrauch im engeren Sinne	Florian Bien
L. Verhältnis zwischen den einzelnen Missbrauchstatbeständen	Florian Bien
M. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	Florian Bien
N. Zivilrechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 102	Florian Bien
 Art. 103 AEUV Erlass von Verordnungen und Richtlinien	Stefan Korte
Art. 104 AEUV Übergangsbestimmung	Stefan Korte
Art. 105 AEUV Wettbewerbsaufsicht	Stefan Korte
Art. 106 AEUV Öffentliche Unternehmen; Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	Jörg Gundel
 Sonderbereiche	
A. Versicherungswirtschaft	Michael Esser
B. Verkehr (Land-, Luft- und Seeverkehr)	Per Rummel
C. Landwirtschaft	Rudolf Mögele/Oliver Sitar
 DMA – Digital Markets Act (VO (EU) 2022/1925)	
Einleitung	Michael König
Ökonomische Grundlagen der digitalen Plattformregulierung	Jan Krämer
Art. 1–2	Michael König
Art. 3–13	Eckart Bueren/Thomas Weck
Art. 14	Thorsten Käseberg
Art. 15	Carsten Becker
Art. 16–19	Torben Stühmeier/Christian Hildebrandt
Art. 20–41	Sascha Schubert
Art. 42–54	Bastian Voell
 VO 1/2003	
Art. 1–3	Andreas Bardong
Art. 4–10	Roxana Mina Kruse/Denis Schlimpert
Art. 11, 12	Andreas Bardong
Art. 13, 14	Hans-Helmut Schneider
Art. 15	Ludger Breuer/Jörg Nothdurft
Art. 16	Hans-Helmut Schneider
Art. 17–22	Alf-Henrik Bischke/Philipp Otto Neideck
Art. 23	Felix Engelsing/Hans-Helmut Schneider

Im Einzelnen haben bearbeitet

Art. 24–26	Hans-Helmut Schneider
Art. 27–45	Bastian Voell
Leniency-Bekanntmachung	Tobias Klose
Gruppenfreistellungsverordnungen	
A. VO (EU) 2022/720 (Vertikal-GVO)	
Einleitung, Art. 1–3	Jochen Bernhard
Art. 4–6	Johannes Zöttl
Art. 7–11	Jochen Bernhard
In Teilband 2:	
B. VO (EU) Nr. 461/2010 (Kfz-GVO)	Wolfgang Bosch
C.I. VO (EU) Nr. 2023/1066 (FuE-GVO)	Peter Chrocziel/Anna Giedke
C.II. VO (EU) Nr. 1217/2010 (FuE-GVO 2010)	Peter Chrocziel/Anna Giedke
D. VO (EU) 2023/1067	Alexander Israel
E. GVO Nr. 316/2014 (TT-GVO)	Stephan Manuel Nagel
Europäische Fusionskontroll-VO Nr. 139/2004 (FKVO)	
Grundlagen der europäischen Fusionskontrolle	Oliver Koch
Art. 1	Oliver Koch
Art. 2	Frank Montag/Andreas v. Bonin
Art. 3	Thomas Wessely/Anne Wegner
Art. 4	Dirk Schroeder/Julian Sanner
Art. 5	Thomas Wessely
Art. 6	Ulrich v. Koppenfels
Art. 7	Thomas Wessely
Art. 8	Ulrich v. Koppenfels
Art. 9	Stephanie Birmanns
Art. 10–13	Stefan Ohlhoff
Art. 14, 15	Oliver Fleischmann
Art. 16–20	Stefan Ohlhoff/Oliver Fleischmann
Art. 21, 22	Stephanie Birmanns
Art. 23–26	Andreas Hahn
Internationale Fusionskontrolle	Andreas Hahn
Verfahren vor den Europäischen Gerichten in Wettbewerbs- und Beihilfesachen	Carl Baudenbacher/Moritz am Ende/Theresa Haas
Sachverzeichnis	Vanessa Seibel

Verzeichnis der ausgeschiedenen und teilweise ausgeschiedenen Bearbeiter

- Christoph Arhold: Art. 25, 26 VO (EG) 1/2003
Dr. Michael Bauer: Art. 4–10 VO 1/2003
Dr. Rainer Becker, LL.M. (Mc Gill): VO (EU) Nr. 461/2010 (Kfz-GVO)
Dr. Helmut Bergmann: Art. 23–26 FKVO, Internationale Fusionskontrolle
Dr. Ulf Böge: Art. 1–3 VO (EG) 1/2003,
Dr. Dirk Buschle: Verfahren vor den Europäischen Gerichten in Wettbewerbs- und Beihilfesachen, 1. und 2. Aufl.
Holger Dieckmann, LL.M.: Einleitung K. Anwendung des Europäischen Wettbewerbsrechts im EWR
Dr. Jochen Ehlers: Art. 81 EG D. Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen, Gruppenfreistellungsverordnungen GVO Nr. 2790/1999 (Vertikal-GVO)
Prof. Dr. Dr. Thomas Eilmansberger: Art. 102 AEUV Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung
Dr. Michael Erhart: Sonderbereiche C. Landwirtschaft
Prof. Dr. Stefan Habermeyer: Art. 81 EG D. Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen
Prof. em. Dr. Harald Herrmann: Gruppenfreistellungsverordnungen F. GVO Nr. 358/2003 (Versicherungs-GVO)
Dr. Marco Herrmann: Einleitung D. Unternehmensbegriff
Dr. Andrea Herzog, LL.M.: Art. 101 AEUV D. Horizontale Vereinbarungen, Art. 101 AEUV E. Vertikale Vereinbarungen
Dr. Jörg Jaecks, LL.M.: Art. 81 EG I. Art. 81 Abs. 2 EG und zivilrechtliche Folgen
Dr. Thomas Jestaedt, LL.M.: Gruppenfreistellungsverordnungen A. GVO Nr. 330/2010 (Vertikal-GVO) (Vertikale Vereinbarungen)
Sven Leif Erik Johannsen: Gruppenfreistellungsverordnungen F. GVO Nr. 267/2010 (Versicherungs-GVO)
Robert Klotz: Sonderbereiche A. Telekommunikation und Energie
Dr. Dieter Kraus, LL.M.: Einleitung B. Die Bedeutung der Grundrechte und Grundfreiheiten für das System unverfälschten Wettbewerbs
Moritz Graf von Merveldt, LL.M.: Gruppenfreistellungsverordnungen C. GVO Nr. 1217/2010 (FuE- GVO)
Dr. Alexander Molle, LL.M. (Cambridge): Art. 101 AEUV C. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs ab der 3. Aufl. in Band 2
Jan Mühle: Art. 1–3 VO 1/2003
Barbara Rapp-Jung: Art. 83–85 EG
Georg Roebeling: Einleitung E. Internationale Aspekte, F. Abkommen der EG mit Drittstaaten
Andreas Röhling: Gruppenfreistellungsverordnungen E. GVO Nr. 316/2014 (Technologie-GVO) (Technologietransfer)
Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller: Einleitung I. Ökonomische Analyse des Begriffs „significant impediments to effective competition“
Dr. Michael Schedl: Art. 81 EG C. Horizontale Wettbewerbsbeschränkungen
Annette Schild (M.A.L.D. Fletcher School of Law and Diplomacy): Art. 9, 21, 22 VO Nr. 139/2004 (FKVO)
Dr. Christoph Schirra, LL.M. Eur.: Art. 27–45 VO 1/2003
Prof. em. Dr. Anton K. Schnyder: Einleitung G. Sachlicher, zeitlicher und räumlicher Geltungsbereich des Wettbewerbsrechts. Extraterritoriale Anwendung
Tania Schröter: Sonderbereiche B. Verkehr (Land-, Luft- und Seeverkehr)
Prof. Dr. Stephan Simon, LL.M. (Leicester): VO (EU) Nr. 461/2010 (Kfz-GVO)
Prof. Dr. Dr. h.c. Vassilios Skouris: Einleitung B. Die Bedeutung der Grundrechte und Grundfreiheiten für das System unverfälschten Wettbewerbs
Dr. Holger Stappert: Gruppenfreistellungsverordnungen F. GVO Nr. 267/2010 (Versicherungs-GVO) (Versicherungssektor)
Dr. Christian Stempel: Art. 11, 12 VO 1/2003
Dr. Andreas Strohm: Einleitung I. Ökonomische Analyse des Begriffs „significant impediments to effective competition“

Ausgeschiedene und teilweise ausgeschiedene Bearbeiter

Prof. Dr. Sven B. Völcker, LL.M.: Gruppenfreistellungsverordnungen D. GVO Nr. 2658/2000 (Spezialisierungs-GVO)

Mag. Dr. Hanno Wollmann: Art. 101 AEUV D. Horizontale Vereinbarungen, Art. 101 AEUV E. Vertikale Vereinbarungen

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXV
--	-----

Teilband 1 enthält:

Kapitel 1. Grundlagen des Wettbewerbsrechts

A. Die rechtspolitischen Grundlagen des Wettbewerbsrechts	7
B. Die ökonomischen Grundlagen des Wettbewerbsrechts	21
C. Die Bedeutung der Grundfreiheiten und Grundrechte für das europäische Wettbewerbsrecht	272
D. Wettbewerbs- und Regulierungsrecht	353
E. Das Verhältnis des europäischen Wettbewerbsrechts zum Lauterkeitsrecht („unfair competition law“)	362
F. Das Verhältnis des Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten zu den gesetzlichen Regelungen zum Schutze geistigen Eigentums	373
G. Das Verhältnis des europäischen Wettbewerbsrechts zum Arbeits- und Sozialrecht	461
H. Internationaler, sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich	511
I. Zentrale und dezentrale Anwendung des europäischen Wettbewerbsrechts; Verhältnis zum nationalen Recht	589
J. Anwendung des Europäischen Wettbewerbsrechts im EWR	604
K. Internationale Abkommen und Kooperationen (WTO, ICN, OECD etc) sowie Abkommen der EU mit Drittstaaten (Europa-Abkommen, Freihandelsabkommen, Verwaltungsabkommen mit USA, Kanada, Japan)	616

Kapitel 2. Artikel 101–106 AEUV

Art. 101 AEUV [Kartellverbot]	657
A. Unternehmensbegriff	663
B. Vereinbarungen (Verträge, Beschlüsse, aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen) iSd Kartellrechts	684
C. Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs	723
D. Horizontale Vereinbarungen	757
E. Vertikale Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen	835
F. Veränderungen der Unternehmensstruktur – insbes. Gemeinschaftsunternehmen	875
G. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	953
H. Zivilrechtliche Folgen (Abs. 2)	974
I. Freistellung gemäß Abs. 3	1003
Art. 102 AEUV [Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung]	1131
A. Grundgegebenheiten und Normzweck von Art. 102	1138
B. Systematische Stellung von Art. 102	1146
C. Normadressaten	1161
D. Marktabgrenzung und relevanter Markt	1165
E. Die marktbeherrschende Stellung	1212
F. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung: Grundlagen	1237
G. Ausbeutungsmissbrauch und Diskriminierung (Beispieltatbestände in Abs. 2)	1259
H. Behinderungsmissbrauch	1293
I. Preisbezogener Behinderungsmissbrauch	1348
J. Missbräuchliche Rechtsverfolgung und ähnliche Formen des Behinderungsmisbrauchs	1385
K. Marktstrukturmissbrauch im engeren Sinn	1392
L. Verhältnis zwischen den einzelnen Missbrauchstatbeständen	1398
M. Eignung zur Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	1401
N. Zivilrechtsfolgen eines Verstoßes gegen Art. 102	1408
Art. 103 AEUV [Erlass von Verordnungen und Richtlinien]	1430
Art. 104 AEUV [Übergangsbestimmung]	1444

Inhaltsverzeichnis

Art. 105 AEUV [Wettbewerbsaufsicht]	1449
Art. 106 AEUV [Öffentliche Unternehmen; Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse]	1455

Kapitel 3. Sonderbereiche

A. Versicherungswirtschaft	1531
B. Verkehr (Binnen-, Luft- und Seeverkehr)	1619
C. Landwirtschaft	1641

Kapitel 4. Digital Markets Act – DMA

Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte)

Einleitung	1722
Ökonomische Grundlagen der digitalen Plattformregulierung	1735
Kapitel I. Gegenstand, Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1763
Art. 1 Gegenstand und Anwendungsbereich	1763
Art. 2 Begriffsbestimmungen	1777
Kapitel II. Torwächter	1809
Art. 3 Benennung von Torwächtern	1809
Art. 4 Überprüfung des Torwächter-Status	1838
Kapitel III. Unfaire oder die Bestreitbarkeit beschränkende Praktiken von Torwächtern	1843
Art. 5 Verpflichtungen von Torwächtern	1843
Art. 6 Verpflichtungen von Torwächtern, die möglicherweise noch durch Artikel 8 näher ausgeführt werden	1914
Art. 7 Verpflichtung von Torwächtern zur Interoperabilität nummernunabhängiger interpersoneller Kommunikationsdienste	1989
Art. 8 Einhaltung der Verpflichtungen durch Torwächter	2006
Art. 9 Aussetzung	2025
Art. 10 Befreiung aus Gründen der öffentlichen Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit	2032
Art. 11 Berichterstattung	2039
Art. 12 Aktualisierung der Verpflichtungen der Torwächter	2043
Art. 13 Umgehungsverbot	2053
Art. 14 Verpflichtung zur Unterrichtung über Zusammenschlüsse	2063
Art. 15 Prüfungspflicht	2065
Kapitel IV. Marktuntersuchung	2074
Art. 16 Einleitung einer Marktuntersuchung	2074
Art. 17 Marktuntersuchung zur Benennung von Torwächtern	2075
Art. 18 Marktuntersuchung bei systematischer Nichteinhaltung	2077
Art. 19 Marktuntersuchung in Bezug auf neue Dienste und neue Praktiken	2081
Kapitel V. Untersuchungs-, Durchsetzungs- und Überwachungsbefugnisse	2083
Art. 20 Einleitung eines Verfahrens	2083
Art. 21 Auskunftsverlangen	2084
Art. 22 Befugnis zur Befragung und zur Aufnahme von Aussagen	2090
Art. 23 Befugnis zur Durchführung von Nachprüfungen	2094
Art. 24 Einstweilige Maßnahmen	2105
Art. 25 Verpflichtungszusagen	2109
Art. 26 Überwachung von Verpflichtungen und Maßnahmen	2113
Art. 27 Informationen von Dritten	2117
Art. 28 Compliance-Funktion	2120
Art. 29 Nichteinhaltung	2123
Art. 30 Geldbußen	2132
Art. 31 Zwangsgelder	2142
Art. 32 Verjährungsfrist für die Verhängung von Sanktionen	2146
Art. 33 Verjährungsfrist für die Durchsetzung von Sanktionen	2148
Art. 34 Anspruch auf rechtliches Gehör und Recht auf Akteneinsicht	2150

Art. 35	Jährliche Berichterstattung	2156
Art. 36	Berufsgeheimnis	2156
Art. 37	Zusammenarbeit mit nationalen Behörden	2160
Art. 38	Zusammenarbeit und Koordinierung mit für die Durchsetzung von Wettbewerbsvorschriften zuständigen nationalen Behörden	2161
Art. 39	Zusammenarbeit mit nationalen Gerichten	2171
Art. 40	Hochrangige Gruppe	2177
Art. 41	Ersuchen um Einleitung einer Marktuntersuchung	2180
Art. 42	Verbandsklagen	2182
Art. 43	Meldung von Verstößen und Schutz von Hinweisgebern	2182
Kapitel VI.	Schlussbestimmungen	2183
Art. 44	Veröffentlichung von Beschlüssen	2183
Art. 45	Ermessensnachprüfung durch den Gerichtshof	2184
Art. 46	Durchführungsvorschriften	2184
Art. 47	Leitlinien	2186
Art. 48	Festlegung von Normen	2187
Art. 49	Ausübung der Befugnisübertragung	2188
Art. 50	Ausschussverfahren	2190
Art. 51	Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937	2191
Art. 52	Änderung der Richtlinie (EU) 2020/1828	2191
Art. 53	Evaluierung	2191
Art. 54	Inkrafttreten und Geltungsbeginn	2192

Kapitel 5. Wettbewerbsverfahrensrecht

Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln

Kapitel I.	Grundsätze	2201
Art. 1	Anwendung der Artikel 81 und 82 des Vertrags	2201
Art. 2	Beweislast	2212
Art. 3	Verhältnis zwischen den Artikeln 81 und 82 des Vertrags und dem einzelstaatlichen Wettbewerbsrecht	2227
Kapitel II.	Zuständigkeit	2264
Art. 4	Zuständigkeit der Kommission	2264
Art. 5	Zuständigkeit der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	2266
Art. 6	Zuständigkeit der Gerichte der Mitgliedstaaten	2277
Kapitel III.	Entscheidungen der Kommission	2279
Vor Art. 7 ff.	2279
Art. 7	Feststellung und Abstellung von Zuwiderhandlungen	2282
Art. 8	Einstweilige Maßnahmen	2295
Art. 9	Verpflichtungszusagen	2302
Art. 10	Feststellung der Nichtanwendbarkeit	2321
Kapitel IV.	Zusammenarbeit	2332
Art. 11	Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	2332
Art. 12	Informationsaustausch	2371
Art. 13	Aussetzung und Einstellung des Verfahrens	2397
Art. 14	Beratender Ausschuss	2406
Art. 15	Zusammenarbeit mit den Gerichten der Mitgliedstaaten	2422
Art. 16	Einheitliche Anwendung des gemeinschaftlichen Wettbewerbsrechts	2442
Kapitel V.	Ermittlungsbefugnisse	2451
Vor Art. 17 ff.	2451
Art. 17	Untersuchung einzelner Wirtschaftszweige und einzelner Arten von Vereinbarungen	2461
Art. 18	Auskunftsverlangen	2464
Art. 19	Befugnis zur Befragung	2473
Art. 20	Nachprüfungsbefugnisse der Kommission	2477
Art. 21	Nachprüfungen in anderen Räumlichkeiten	2492
Art. 22	Ermittlungen durch Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	2496

Inhaltsverzeichnis

Kapitel VI. Sanktionen	2499
Art. 23 Geldbußen	2499
Art. 24 Zwangsgelder	2545
Kapitel VII. Verjährung	2556
Art. 25 Verfolgungsverjährung	2556
Art. 26 Vollstreckungsverjährung	2564
Kapitel VIII. Anhörungen und Berufsgeheimnis	2567
Art. 27 Anhörung der Parteien, der Beschwerdeführer und sonstiger Dritter	2567
Art. 28 Berufsgeheimnis	2581
Kapitel IX. Freistellungsverordnungen	2584
Art. 29 Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen	2584
Kapitel X. Allgemeine Bestimmungen	2585
Art. 30 Veröffentlichung von Entscheidungen	2585
Art. 31 Nachprüfung durch den Gerichtshof	2588
Art. 32 [aufgehoben]	2590
Art. 33 Erlass von Durchführungsvorschriften	2590
Kapitel XI. Übergangs-, Änderungs- und Schlussbestimmungen	2591
Art. 34 Übergangsbestimmungen	2591
Art. 35 Bestimmung der Wettbewerbsbehörden der Mitgliedstaaten	2592
Art. 36 [aufgehoben]	2593
Art. 37 Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2988/74	2593
Art. 38 Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 4056/86	2593
Art. 39 Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3975/87	2594
Art. 40 Änderung der Verordnungen 19/65/EWG, (EWG) Nr. 2821/71 und (EWG) Nr. 1534/91	2594
Art. 41 [aufgehoben]	2594
Art. 42 [aufgehoben]	2594
Art. 43 Aufhebung der Verordnungen Nrn. 17 und 141	2594
Art. 44 Berichterstattung über die Anwendung der vorliegenden Verordnung	2595
Art. 45 Inkrafttreten	2595

Kapitel 6. Leniency-Bekanntmachung

Mitteilung der Kommission über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen in Kartell- sachen vom 8. Dezember 2006	2597
---	------

Kapitel 7. Gruppenfreistellungsverordnungen

A. Vertikal-GVO (VO (EU) 2022/720)

Verordnung (EU) 2022/720 der Kommission vom 10. Mai 2022 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen

Einleitung	2655
Art. 1 Begriffsbestimmungen	2667
Art. 2 Freistellung	2701
Art. 3 Marktanteilsschwelle	2716
Art. 4 Beschränkungen, die zum Ausschluss des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung führen – Kernbeschränkungen	2719
Art. 5 Nicht freigestellte Beschränkungen	2762
Art. 6 Entzug des Rechtsvorteils im Einzelfall	2776
Art. 7 Nichtanwendung dieser Verordnung	2780
Art. 8 Anwendung der Marktanteilsschwelle	2781
Art. 9 Anwendung der Umsatzschwelle	2784
Art. 10 Übergangszeitraum	2785
Art. 11 Geltungsdauer	2787

Teilband 2 enthält:

B. Kfz-GVO (VO (EU) Nr. 461/2010) Vertriebs- und Kundendienstvereinbarungen im Kfz-Sektor

Verordnung (EU) Nr. 461/2010 der Kommission vom 27. Mai 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen im Kraftfahrzeugsektor

Einleitung	2793
Kapitel I. Gemeinsame Bestimmungen	2799
Art. 1 Begriffsbestimmungen	2799
Kapitel II. Vertikale Vereinbarungen über den Bezug, Verkauf oder Weiterverkauf neuer Kraftfahrzeuge	2810
Art. 2 Geltung der Verordnung (EG) Nr. 1400/2002	2810
Art. 3 Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 330/2010	2811
Kapitel III. Vertikale Vereinbarungen in Bezug auf den Kfz-Anschlussmarkt	2815
Art. 4 Freistellung	2815
Art. 5 Beschränkungen, die zum Ausschluss des Rechtsvorteils der Gruppenfreistellung führen – Kernbeschränkungen	2823
Kapitel IV. Schlussbestimmungen	2829
Art. 6 Nichtanwendung dieser Verordnung	2829
Art. 7 Überwachung und Bewertungsbericht	2830
Art. 8 Geltungsdauer	2830

C. FuE-GVO (VO (2023/1066))

Verordnung (EU) (2023/1066) der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung

I. Kommentierung der aktuellen FuE-GVO (VO (2023/1066))

Einleitung	2834
Art. 1 Begriffsbestimmungen	2837
Art. 2 Freistellung	2850
Art. 3 Zugang zu den Endergebnissen	2854
Art. 4 Zugang zu bereits vorhandenem Know-how	2857
Art. 5 Gemeinsame Verwertung	2858
Art. 6 Marktanteilsschwellenwerte und Freistellungsdauer	2859
Art. 7 Anwendung der Marktanteilsschwellenwerte	2866
Art. 8 Kernbeschränkungen	2867
Art. 9 Nicht freigestellte Beschränkungen	2872
Art. 10 Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen durch die Kommission	2876
Art. 11 Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen durch die Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats	2878
Art. 12 Übergangszeitraum	2878
Art. 13 Inkrafttreten und Anwendung	2879

II. Kommentierung der FuE-GVO Nr. 1217/2010 (nicht mehr in Kraft)

Verordnung (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen über Forschung und Entwicklung

Art. 1 Begriffsbestimmungen	2882
Art. 2 Freistellung	2893
Art. 3 Freistellungsvoraussetzungen	2899
Art. 4 Marktanteilsschwelle und Freistellungsdauer	2904
Art. 5 Kernbeschränkungen	2911
Art. 6 Nicht freigestellte Beschränkungen	2917

Inhaltsverzeichnis

Art. 7	Anwendung der Marktanteilsschwelle	2920
Art. 8	Übergangszeitraum	2923
Art. 9	Geltungsdauer	2923

D. Spezialisierungs-GVO (VO (EU) 2023/1067)

Verordnung (EU) 2023/1067 der Kommission vom 1. Juni 2023 über die Anwendung des Artikels 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf bestimmte Gruppen von Spezialisierungsvereinbarungen

Einleitung	2927	
Art. 1	Begriffsbestimmungen	2932
Art. 2	Freistellung	2939
Art. 3	Marktanteilsschwellenwert	2944
Art. 4	Anwendung des Marktanteilsschwellenwerts	2946
Art. 5	Kernbeschränkungen	2947
Art. 6	Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen durch die Kommission	2948
Art. 7	Entzug des Rechtsvorteils in Einzelfällen durch die Wettbewerbsbehörde eines Mitgliedstaats	2949
Art. 8	Übergangszeitraum	2949
Art. 9	Inkrafttreten und Anwendung	2950

E. TT-GVO (VO (EU) Nr. 316/2014)

Verordnung (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von Technologietransfer-Vereinbarungen

Einleitung	2954	
Art. 1	Begriffsbestimmungen	3001
Art. 2	Freistellung	3055
Art. 3	Marktanteilsschwellen	3063
Art. 4	Kernbeschränkungen	3066
Art. 5	Nichtfreigestellte Beschränkungen	3095
Art. 6	Entzug des Rechtsvorteils im Einzelfall	3102
Art. 7	Nichtanwendung dieser Verordnung	3106
Art. 8	Anwendung der Marktanteilsschwellen	3108
Art. 9	Verhältnis zu anderen Gruppenfreistellungsverordnungen	3114
Art. 10	Übergangszeit	3114
Art. 11	Geltungsdauer	3114

Kapitel 8

Europäische Fusionskontroll-VO Nr. 139/2004 (FKVO)

Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen („EG-Fusionskontrollverordnung“)

Einleitung – Grundlagen der europäischen Fusionskontrolle	3121	
Art. 1	Anwendungsbereich	3177
Art. 2	Beurteilung von Zusammenschlüssen	3195
Art. 3	Definition des Zusammenschlusses	3344
Art. 4	Vorherige Anmeldung von Zusammenschlüssen und Verweisung vor der Anmeldung auf Antrag der Anmelder	3403
Art. 5	Berechnung des Umsatzes	3443
Art. 6	Prüfung der Anmeldung und Einleitung des Verfahrens	3470
Art. 7	Aufschub des Vollzugs von Zusammenschlüssen	3485
Art. 8	Entscheidungsbefugnisse der Kommission	3514
Art. 9	Verweisung an die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten	3571
Art. 10	Fristen für die Einleitung des Verfahrens und für Entscheidungen	3605
Art. 11	Auskunftsverlangen	3616
Art. 12	Nachprüfungen durch Behörden der Mitgliedstaaten	3630
Art. 13	Nachprüfungsbefugnisse der Kommission	3632
Art. 14	Geldbußen	3639
Art. 15	Zwangsgelder	3648

Inhaltsverzeichnis

Art. 16	Kontrolle durch den Gerichtshof	3651
Art. 17	Berufsgeheimnis	3655
Art. 18	Anhörung Beteiligter und Dritter	3666
Art. 19	Verbindung mit den Behörden der Mitgliedstaaten	3688
Art. 20	Veröffentlichung von Entscheidungen	3697
Art. 21	Anwendung dieser Verordnung und Zuständigkeit	3699
Art. 22	Verweisung an die Kommission	3719
Art. 23	Durchführungsbestimmungen	3747
Art. 24	Beziehungen zu Drittländern	3749
Art. 25	Aufhebung	3750
Art. 26	Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen	3751

Kapitel 9

Internationale Fusionskontrolle	3753
--	-------------

Kapitel 10

Verfahren vor den Europäischen Gerichten in Wettbewerbs- und Beihilfesachen ...	3805
Sachverzeichnis	3999